№ 506
B 232
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 3. Oktober 1918

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850 sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Sofortige Berufung des Reichstags.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros

Großes Hauptquartier, 3. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roeselare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Teilangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern—Menen. Armentières und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflos geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tages teilweise nach starker Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaix—La Bassée—Lullach gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Teilangriffe des Gegners aus der Schelde-Niederung bei und südöstlich von Rumilly wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsere neuen Linien nördlich und südlich von St. Quentin scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Anizy—Le Chateau und nördlich von Filain schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab. Schleswig-holsteinische Regimenter verteidigten ihre Stellungen auf dem Rücken des Chemin-des-Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in Linie Chaudarde—Cormicy und dicht vor dem Aisne-Kanal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suippes, gegen St. Marie a Py, sowie zwischen Somme-Py und Monthois fort. Oertliche Einbruchsstellen südlich von Orfeuil wurden in Gegenstößen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unseren Linien gescheitert. Auch beiderseits der Aisne und in den Argonnen blieben Teilangriffe des Feindes ohne Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Im Heeresbericht vom 1. Oktober ist im vorletzten Absatz statt „Vizefeldwebel Jolkmann" richtig zu lesen „Vizefeldwebel Jelkmann".

Jeder Taler ist ein Rekrut.
Die Reichsbank lehrt ihn
gegen den Feind marschieren
Darum zeichnet!

Die Aufgaben auf dem Balkan.

Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Büros.

Wien, 2. Oktober.

Die Blätter erfahren von zuständiger Seite über die militärische Lage auf dem Balkan u. a. folgendes: Bezüglich der Verpflichtungen, welche Bulgarien in militärischer Beziehung auf sich nahm, trafen noch keine genauen Nachrichten ein. Die Ereignisse überstürzten sich so, daß den österreichisch-ungarischen Truppen, die in Bulgarien eintrafen, vorerst die Aufgabe zufiel, unseren militärischen und diplomatischen Stationen Schutz angedeihen zu lassen. Ueber neue militärische Unternehmungen seitens der Entente auf dem Balkan ist noch nichts bekannt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie ihren Vormarsch fortsetzen wird mit der Absicht, mit kleinen Abteilungen auf Sofia vorzustoßen. Mag auch mit dem Waffenstillstand sowohl auf Seite der Entente wie auf Seite der Bulgaren Waffenruhe eingetreten sein, für die österreichisch-ungarischen wie für die deutschen Truppen kann dieser Waffenstillstand selbstverständlich keine Geltung haben, und unsere Operationen in Albanien werden keine Unterbrechung erfahren. Bei Beurteilung der allgemeinen Lage ist immer im Auge zu behalten, daß sowohl Albanien wie auch Mazedonien nur Kriegsschauplätze von sekundärer Bedeutung sind und bleiben. Wir sind jedoch unter keinen Umständen gesonnen, Italien an der Ostküste der Adria festen Fuß fassen zu lassen, da Italiens Ziel nur auf die Italianisierung Albaniens gerichtet ist.

Das „Fremdenblatt" schreibt zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Bulgarien: „Bulgarien scheidet aus der Reihe der selbständigen Staaten, wenn die ungeheuerlichen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, den die bulgarischen Bevollmächtigten in Saloniki unterzeichneten, wirklich erfüllt werden." Das Blatt betont sodann, daß es ein schwerer Fehler wäre, sich der Erwartung hinzugeben, daß das Vorgehen Malinows nicht die Billigung der Sobranje finden werde. Die Zentralmächte aber hätten mit dieser Möglichkeit gerechnet. Der Abfall des Bundesgenossen werde für sie keine nicht wieder gutzumachenden Folgen nach sich ziehen. Das Blatt kann nicht umhin, die Handlungsweise Bulgariens dem Vorgehen der Serben gegenüberzustellen, die weiter kämpften, trotzdem ihr ganzes Land erobert ist und schließt: „So wird denn Bulgarien von seiner eigenen Regierung ausgeliefert und bricht zusammen, nachdem noch vor wenigen Wochen seine führenden Männer sich in selbstbewußten Worten nicht genug tun konnten. Die Zentralmächte sehen den Folgen der bulgarischen Ereignisse mit kaltem Blut entgegen und werden im nahen Osten ihren Platz behaupten."

Verhandlungen mit den Nationalliberalen.

Der neue Reichskanzler hat, wie wir erfahren, den Wunsch ausgesprochen, den Zusammentritt des Reichstages möglichst zu beschleunigen. Der ursprünglich mitgeteilte Termin, nämlich der 8. Oktober, wird keinesfalls abgewartet werden. Es ist sogar möglich, daß die seither aufgetauchte Absicht, den Reichstag zum Sonnabend einzuberufen, ebenfalls bald überholt sein wird. Der Aeltestenausschuß des Reichstags, der heute mittag um 1 Uhr zusammentrat, um in dieser Frage zu entscheiden, vertagte sich ohne jede Beratung sofort wieder für 3 Uhr. In der Zwischenzeit sollen, wie wir hören, wichtige Besprechungen stattgefunden haben. Der Aeltestenausschuß wird bei seinem Wiederzusammentritt wahrscheinlich die Frage erwägen, ob das Plenum des Reichstages, zum mindest aber der Hauptausschuß, nicht schon zu morgen einberufen werden soll.

Eine weitere wichtige Veränderung in der parlamentarischen Lage ist darin zu erblicken, daß der Entwurf der Nationalliberalen in den Regierungsblock sich heute wieder mit Aussicht auf Erfolg diskutiert wird. Diese Wendung ist dadurch eingetreten, daß sich die Mehrheitsparteien offiziell an die nationalliberale Fraktion gewandt und ihr das Mehrheitsprogramm zum Zweck der Stellungnahme der Nationalliberalen überreicht haben. Die Mehrheit hat sich dahin ausgesprochen, daß das Verbleiben der nationalliberalen Parlamentarier in der Reichs-, bzw. preußischen Staatsregierung sehr wünschenswert sein würde.

In der Frage der Besetzung der Regierungsämter vertritt die Mehrheit den Standpunkt, daß es gerecht sein würde, wenn die Nationalliberalen ihren bisherigen Besitzstand an Regierungsstellen weiter behielten. Auch die Fortschrittliche Volkspartei wird sich in dieser Hinsicht voraussichtlich auf ihren Status quo beschränken. Sie dürfte außer Herrn v. Payer, der als Vizekanzler im Amt bleiben soll, keinen neuen Staatssekretär erhalten, und der preußische Ministerposten, der der Volkspartei zugesagt ist, bedeutet keinen Zuwachs, sondern ist nur die Einlösung eines Versprechens, das der Partei schon 1917 gemacht worden ist.

Diesen Standpunkt in der Personenfrage vermag die nationalliberale Partei allerding nicht zu teilen. Es besteht aber die Hoffnung, daß sich in dieser Hinsicht eine Verständigung erzielen lassen wird, falls es gelingt, in der zweifellos wesentlicheren Frage des Programms zu einer Einigung zu gelangen.

Aus diesen Mitteilungen über die voraussichtliche Zahl der fortschrittlichen Regierungssitze geht hervor, daß die heutigen Angaben des „Vorwärts" über die Zusammensetzung der neuen Regierung im Reich unrichtig sind. Wie wir hören, handelt es sich dabei lediglich um ein Projekt, das den Wünschen der Sozialdemokraten entspricht, von den anderen Mehrheitsparteien bisher aber nicht gebilligt wird.

Wenn die Angaben der Mitteilungen des „Vorwärts" richtiger sind als die angeführten Einzelheiten, so würde, abgesehen von der parlamentarischen Zusammensetzung, an der neuen Regierung auffällig und wichtig sein, daß sie durch die kollegiale Beratung besonders wesentlicher Fragen sich bis zu einem gewissen Grade dem Charakter eines Reichsministeriums annähert, ohne ihn allerdings zu erreichen. Dazu fehlt die grundsätzliche Gleichstellung der Staatssekretäre gegenüber dem Reichskanzler, bzw. die Aufhebung ihrer Eigenschaft als Stellvertreter des Kanzlers, ferner aber auch das Stimmrecht der einzelnen Staatssekretäre in einem Ministerrat.

Mit ähnlichen Einschränkungen kann man die vom „Vorwärts" angekündigte Einsetzung eines engeren Ausschusses, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den beiden Staatssekretären ohne Portefeuille mit der englischen Einrichtung des Kriegskabinetts vergleichen.

Es ist schon mehrfach erwähnt worden, daß zwei neue Reichsämter gegründet werden sollen, nämlich ein Arbeitsamt und ein Presseamt. Leider ist bisher über die Befugnisse gerade des letzteren nicht viel bekannt geworden. Es soll eine Zusammenfassung der bisher unabhängigen Presseabteilungen der verschiedenen Aemter bilden, doch ist noch nicht klar, in welcher Richtung es sich zu betätigen haben wird. Nur von seinen Funktionen als Propagandaministerium wird gesprochen. Dagegen ist nicht gut zu verstehen, weshalb es die wichtigste Funktion auf dem ihm zuständigen Gebiet, nämlich die Ueberwachung der Zensur, nicht ausüben soll.

Schließlich bleibt immer noch die Frage nach der Besetzung einiger wichtiger Reichs- und Staatsämter offen, von denen auch im „Vorwärts" keine Rede ist. Es ist verwunderlich, daß die Mehrheitsparteien im Verkehr mit dem Kanzler bisher noch keine Dispositionen über die Besetzung des Reichs-Marineamts und des Kolonialamts, des Ernährungsamts und des preußischen Kriegsministeriums getroffen haben.

* * *

Die vom „Vorwärts" aufgestellte Ministerliste, die mindestens zum Teil bereits als überholt gelten kann, lautet:

Reichskanzlei. Reichskanzler: Prinz Max von Baden. Vizekanzler: v. Payer. Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Staatssekretariat des Aeußern. Staatssekretär: Einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen. Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre.

Reichsarbeitsamt. Staatssekretär: Ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden.) Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann.

Reichsamt des Innern. Staatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Reichspresseamt. Staatssekretär: Erzberger (Ztr.). Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat.

Reichswirtschaftsamt. Staatssekretär (wie bisher) v. Stein, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Reichsschatzamt. Staatssekretär (wie bish.): Graf Roedern, ferner ein Zentrumsabgeordneter als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Preußisches Staatsministerium. Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister.

Die Sozialdemokratie stellt also: einen Staatssekretär ohne Portefeuille (Scheidemann), den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, einen preußischen Minister, je einen Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei, beim Reichspresseamt, beim Reichswirtschaftsamt und beim Reichsernährungsamt (wie bisher, Dr. August Müller).

Der „Vorwärts" teilt weiter mit, daß die Entsendung des Abgeordneten Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille auf Vorschlag des Abgeordneten Ebert durch einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes erfolgt.